

Eine überflüssige Gesetzesänderung – Zum Inkrafttreten des slowakischen Sprachgesetzes
Von Michael Gahler, MdEP
Brüssel, 27.8.2009 endg.

Die Neufassung des slowakischen Gesetzes über die Staatssprache ist überflüssig, da die slowakische Sprache in der Slowakei, Muttersprache von 90% der Staatsangehörigen, nicht in ihrer Stellung gefährdet ist. Vielmehr spricht aus der Neufassung ein Geist, der drei politische Strömungen hin zu einer politischen Unkultur vereint: einen aggressiven Nationalismus der Regierungspartei SNS mit ihrem Vorsitzenden Slota, eine populistische Grundeinstellung der HZDS unter Meciar und einen willfähigen Opportunismus eines sich der sozialdemokratischen Parteienfamilie zugehörig erklärenden Ministerpräsidenten Fico.

Dieser Teil der politischen Klasse der Slowakei ist tatsächlich weder politisch noch mental in der EU angekommen. Sie repräsentieren in Wahrheit in dieser Frage nicht die Haltung der Mehrheit der slowakischen Bevölkerung. Insbesondere reflektiert das Gesetz auch nicht die Lebenswirklichkeit in der Südslowakei, ein Alltag, der in der Regel nicht von Spannungen und Missgunst zwischen slowakisch- und ungarischsprachigen Bürgern geprägt ist.

Das Gesetz ist im wahrsten Sinn des Wortes von einem revanchistischen Geist geprägt: Aber Revanche wofür? Dafür, dass im Königreich Ungarn vor hundert Jahren und früher die dortigen Minderheiten, einschließlich der Slowaken, nicht gleichberechtigt behandelt - und ihre Kultur und Sprache miss- oder gering geachtet wurden? Oder dass 1939 die eigenständige Slowakei von Hitlers Gnaden diese damaligen Landesteile an Ungarn abtreten musste und man nach dem Krieg keine Revanche durch Vertreibung praktizieren konnte, wie es gegenüber den Sudetendeutschen möglich war? Oder versteigt sich sogar jemand zu dem Argument, Revanche zu fordern für die Teilnahme des kommunistischen Ungarn an der Niederschlagung des Prager einschließlich Bratislavaer Frühlings, indem man die eigenen ungarisch sprechenden Staatsbürger „in die Schranken weist“?

Wer bei vielen Gelegenheiten, u.a. auch bei der letzten Präsidentenwahl gegenüber der Gegenkandidatin der Opposition die nationale Karte gegen 10% der eigenen Bevölkerung spielt, zeigt, wes Geistes Kind er ist. Der hat nicht verstanden, dass die Integration in der EU Alternative und Antwort auf Revanchismus, Nationalismus und Grenzrevisionismus ist.

„Le nationalisme –c’est la guerre“ sagte François Mitterand beschwörend in seiner letzten Rede vor dem Europäischen Parlament im Jahr 1995. Die Europäische Union ist die Antwort auf fortwährende europäische Bruderkriege. Auf das, was sich die Völker Europas oder besser gesagt, was die Regierungen Europas den Völkern Europas gegenseitig angetan haben.

Als deutscher Europaabgeordneter fühle ich mich dafür verantwortlich, dass die im Namen Deutschlands gegenüber fast allen unserer Nachbarn begangenen Verbrechen Mahnung und Auftrag im Sinne eines „nie wieder“ bleiben. Dafür steht die EU auch: dass wir Grenzen in der EU nicht verändern müssen, weil diese Grenzen unwichtig und durchlässig geworden sind. Dass Minderheiten sich in ihren Ländern schlicht genauso zu Hause fühlen wie die Mehrheit, dass sie loyal zu dem Staat, in dem sie leben sind und dass dieser Staat dann Loyalität zurückgibt durch Toleranz und Förderung der Minderheit. Minderheiten sollte man als Bereicherung und Brücke zu den Nachbarn empfinden und nicht, wie manche Nationalisten in der Slowakei, als Störfaktor, den man leider vergessen hatte, nach dem Krieg über die Donau zu treiben.

Weil ich in Bezug auf die eigene deutsche Geschichte keinerlei Verharmlosen, Beschönigen oder Vergessen akzeptiere, nehme ich mir das Recht, Defizite in der Aufarbeitung der eigenen Geschichte und konkrete Politiken, die sich z.B. gegen eigene Minderheiten richten, in anderen Teilen der EU anzuprangern, weil überall dort, wo das geschieht, Versöhnung und Miteinander innerhalb der Staaten und mit den Nachbarn auf der Strecke bleibt.

Und weil sich Extremisten und Nationalisten auf allen Seiten gegenseitig brauchen. Ungarische Gardien und slowakische Nationalisten sind gemeinsam die größten Gegner der ungarischen Minderheit in der Slowakei. Es ist gut, dass diese Gardien in Ungarn gerichtlich verboten und deren Aufmärsche auch jüngst wieder gestoppt wurden. Die zahlreichen Mordanschläge und die Hetze dieser Gruppen oder ihrer Partei JOBBIK gegen die Roma-Minderheit sind durch nichts zu entschuldigen. In Ungarn haben diese Nationalisten glücklicherweise im Gegensatz zur Slowakei keine Chance, Teil der Regierung zu werden.

Dass man mit der Minderheit auch anders umgehen kann, zeigt die Vorgängerkoalition unter Mikuláš Dzurinda, der die Partei der ungarischen Minderheit in die Koalition mit einbezog und damit deutlich machte, dass die Minderheit Teil des Ganzen ist.

Die „Inländerfeindlichkeit“ des Gesetzes kommt insbesondere dadurch zum Ausdruck, dass die Sprache von 10% der eigenen Staatsbürger an vielen Stellen des Gesetzes schlechter gestellt wird, als eine „ausländische“ Sprache - tschechisch.

Beispiel: §3 Absatz 5: „Eine Person, deren Muttersprache eine Sprache ist, die das Erfordernis einer grundsätzlichen Verstehbarkeit aus Sicht der Staatssprache erfüllt, kann ihre Muttersprache in offiziellen Kontakten mit einer staatlichen Autorität nutzen“.

Diese Regelung setzt sich fort, z.B. §5, Absatz 1 g) im Bereich der Medien oder Absatz 6 für kulturelle Veranstaltungen.

Warum werden Nichtstaatsbürger besser behandelt als Staatsbürger? Warum werden tschechisch und ungarisch nicht gleich „gut“ behandelt? Inländerdiskriminierung widerspricht europäischen Standards. Wenn schon die Diskriminierung anderer EU-Bürger nicht gestattet ist, dann ja wohl erst recht nicht die Schlechterstellung eigener Staatsbürger.

Was würde in Finnland geschehen, wenn dort schwedisch schlechter behandelt würde als estnisch, das aus Sicht von finnisch sicher eine grundsätzliche Verstehbarkeit mitbringt?

Finnland war auch über viele Jahre Teil Schwedens, die Schweden als Minderheit dominierten in Finnland, bis Finnland russisch wurde und die russische Oberherrschaft bediente sich der Schweden, um die Finnen klein zu halten. Kein Grund zur Revanche?

Nein, denn Finnen haben keine Minderwertigkeitskomplexe gegenüber Schweden, Komplexe, womit einige slowakische Nationalisten gegenüber Ungarn offenbar ausgestattet sind.

Warum mischt sich der Staat in private kulturelle Veranstaltungen? §5, Absatz 6 Warum muss die Reihenfolge von Sprachen und die Buchstabengröße auf Monumenten geregelt werden? Absatz 7

Warum sind nicht auf slowakisch sendende Privatsender nicht in den Ausnahmetatbeständen von §5, Absatz 1 aufgeführt?

Warum kreierte der Staat zusätzliche Bürokratie, indem in den Schulen, die in der Minderheitensprache unterrichten, die gesamte pädagogische Dokumentation und alle anderen schriftlichen Unterlagen zweisprachig erstellt werden müssen? §4 Absatz 3

Warum müssen die örtliche Polizei und die örtliche Feuerwehr nur slowakisch kommunizieren, selbst wenn es sich in konkreten Umständen bei allen Beteiligten um ungarisch sprechende Menschen handelt, bei einem Verkehrsunfall in einem Dorf im Süden oder bei einem Feuerwehreinsatz dort? §6

Mit welchem Recht, §8, Absatz 6, mischt sich der Staat in die Aufschriften von privaten Geschäften, Restaurants, Werbebannern am Straßenrand ein?

Warum postuliert man nicht ein „Bemühen“, im Gesundheitswesen den sprachlichen Erfordernissen in Gebieten mit hohem Anteil nationaler Minderheiten gerecht zu werden, sondern bemerkt ausdrücklich, dass kein Bediensteter verpflichtet ist, die Minderheitensprache zu sprechen? §8, Absatz 4 Aus einem „Bemühen“ kann niemand einen Rechtsanspruch ableiten, aber eine grundsätzlich freundliche Haltung statt einer Ablehnung würde erkennbar.

Warum wird generell der Anwendungsbereich erweitert von „public authorities“ hin zu „authorities and legal persons“, §3, Sektion 3 b) oder von „industry, services and healthcare“ zu „in other fields of public relations“ Titel von §8?

Die Antwort kann eigentlich nur sein, dass ungarisch aus möglichst vielen Bereichen des öffentlichen Lebens optisch verdrängt werden soll, ja dass die eigene slowakische Identität nach Auffassung der Nationalisten nicht aus sich heraus stark genug ist, wenn sie nicht gleichzeitig ein anti-ungarisches Element enthält. Ein Armutszeugnis für die Nationalisten. In Wahrheit ist die Mitgliedschaft in der EU der beste Garant für den Fortbestand der slowakischen Nation in sicheren Grenzen und –so viel slowakisch war nie - wie seit dem Beitritt in die EU. Seither wurden mehr öffentliche Dokumente in dieser Sprache produziert als jemals zuvor in der Geschichte der slowakischen Sprache.

Hat irgendjemand das Recht eines Redners auf einer Versammlung oder bei einer Vorlesung in der Slowakei bestritten, diese Rede auf Slowakisch zu halten? §5 Absatz 8

Hier werden nicht Schutzbedürftige scheinbar geschützt. In Wirklichkeit ist die fehlende entsprechende Regelung für die schutzbedürftige Minderheit Hinweis auf den wahren Charakter der Gesetzesänderung.

Weitere Detailwut, Strafvorschriften, Fristen und Berichtspflichten zeigen die Penibilität, ja Besessenheit, mit der diese Gesetzesänderung erstellt worden ist.

Derweil versuchen slowakische Botschaftsvertreter in der EU mit falschen Vergleichen, ihr Gesetz zu rechtfertigen.

In Frankreich sollen Einwanderer angehalten werden französisch zu lernen, die Ungarn in der Slowakei sprechen zum allergrößten Teil auch slowakisch. In Frankreich sind die Regionalsprachen in der Verfassung offiziell als Teil des schützenswerten nationalen Erbes verankert worden. Eine entsprechende Regelung fehlt in der slowakischen Verfassung.

Deutschland hat selbst überhaupt kein Gesetz betreffend die Staatssprache, im Gegensatz zur österreichischen Verfassung steht im Grundgesetz nicht einmal, dass deutsch die Amtssprache ist, lediglich als Gerichtssprache ist deutsch festgelegt (mit weit reichenden Regelungen für Verdolmetschungserfordernisse bei nichtdeutschsprachigen Verfahrensbeteiligten).

Besonders fehl gehen Vergleiche, was denn wäre, wenn die in Deutschland lebenden Türken einen offiziellen Status für ihre Sprache verlangen würden. Es gibt keine traditionell in

Deutschland lebende türkische Minderheit, die etwa in einzelnen Landesteilen eine Mehrheit bildet, wie z.B. die Türken in Bulgarien. In Deutschland ist, ähnlich wie in Frankreich, zum Zwecke der Integration das Lernen der deutschen Sprache erforderlich, etwas, was die ungarischen Slowaken schon längst erfüllen. Außerdem gibt es in Deutschland keinerlei Vorschriften z.B. in Bezug auf Aufschriften in welcher Sprache auch immer im öffentlichen Raum.

Die Italiener haben ihre deutschsprachigen Südtiroler und ihre französischsprachigen Aosta-Tal-Bewohner als gleichberechtigte Staatsbürger anerkannt, nicht nur im Hinblick auf die private Nutzung der Sprache, auch was die Nutzung der Minderheitensprache in der öffentlichen Verwaltung betrifft. Natürlich wird in Südtirol in einem Bergdorf auf deutsch ein Feuerwehreinsatz gefahren und in dem Augenblick, wo eine italienischsprachige Person gerettet werden muss, wird mit dieser Person italienisch gesprochen. Wo ist das Problem? Warum muss es in der Slowakei nutzer-**un**freundlich gesetzlich geregelt werden? Gäbe es in Südtirol nicht eine großzügige Regelung, die auch das kompakte Siedlungsgebiet der Minderheit zu einer einheitlichen politischen Provinz zusammenfasst, trotz des angrenzenden Österreich, gäbe es auch heute noch eine relevante Bewegung „Los von Rom“, und zwar im politischen Mainstream, nicht an den politischen Rändern.

In Finnland ist die schwedische Minderheit von 5,5% der Bevölkerung traditionell Teil jeder Regierungskoalition, unabhängig von ihrer politischen Zusammensetzung. Sie gehören immer dazu. In der Hauptstadt Helsinki sind alle Straßennamen und Regierungsgebäude zweisprachig finnisch und schwedisch, warum nicht auch in Bratislava, da ist die Minderheit größer als in Finnland.

In Spanien sind Basken und Katalanen sprachlich, kulturell und politisch vorbildlich innerhalb des Gesamtstaates aufgehoben, sogar in eigenen politischen Einheiten, weswegen politischer Extremismus insbesondere im Baskenland legitimerweise mit allen Mitteln des Rechtsstaats bekämpft wird. Auch hier will eine Mehrheit nicht weg von Madrid.

Das ist meines Erachtens auch die derzeitige Lage in der Slowakei. Die große Mehrheit der ungarisch sprechenden Slowaken will nicht weg von Bratislava, nicht nur, weil man jetzt den Euro hat und billig nach Ungarn zum Einkaufen fahren kann. Aber wenn man auf die Dauer Hasstiraden, Unterstellungen, Verdächtigungen und Anfeindungen seitens zumindest einer Regierungspartei ausgesetzt ist und jetzt auch noch ein restriktives Sprachgesetz in Kraft tritt, wäre es nicht verwunderlich, wenn der eine oder andere ungarische Slowake anfällig würde für nationalistische Sprüche einiger extremer Kreise in Ungarn.

In solch einer Situation erschiene es mir falsch, innerhalb der EU solche Entwicklungen den Slowaken und Ungarn bilateral zu überlassen. Es müssen sich gemäßigte Kräfte auf beiden Seiten gegen die Radikalen auf beiden Seiten zusammenfinden und erforderlichenfalls sollte Hilfestellung aus anderen EU-Staaten oder der Kommission gegeben werden.

Was ist zu tun? Alle direkt und indirekt Beteiligten haben ihre Hausaufgaben zu erledigen. Es reicht nicht, wenn man in Ungarn nur die slowakische Regierung kritisiert und sich mit der ungarischen Minderheit solidarisiert, weil das auch innerslowakische Gräben vertieft. Aber es ist gut, dass in Ungarn Maßnahmen gegen Extremisten ergriffen werden. Auch wenn die Minderheit Opfer der jeweiligen Radikalen auf beiden Seiten ist, hat sie eine innerslowakische Dialog-Aufgabe und sollte sich nicht von der Slowakei durch eigene Veranstaltungen ohne Beteiligung slowakischer Parteien oder Institutionen abwenden. Auch die Minderheit muss behutsam mit der Geschichte umgehen und muss sich in geeigneter Form von Extremisten in Ungarn distanzieren. Die slowakischen Parteien, die in der Vergangenheit mit der unga-

rischen Minderheit in einer Koalition zusammengearbeitet haben, haben allen Anlass, ihre früheren Partner gegen nationalistische Ausfälle im eigenen Land in Schutz zu nehmen. Sie können damit rechnen, dass die slowakischen Wähler nationalistische Gruppierungen bei den nächsten Wahlen ähnlich abstrafen wie in Polen, wo Nationalisten der Liga der polnischen Familien oder von Samoobrona-Selbstverteidigung aufgrund ihres peinlichen Auftretens in Regierungsfunktionen aus Regierung, Sejm und dem Europäischen Parlament gefegt wurden. Die slowakische Regierung ist Teil des Problems, weil aus Teilen der Regierungsparteien Hass gesät und Stimmung gegen die Minderheit gemacht wird. Wenn Ministerpräsident Fico Teil einer der großen europäischen Parteienfamilien sein will, muss er sich entsprechend verhalten und von Partnern in der Regierung trennen, die politisch-inhaltlich nicht Teil eines europäisch-demokratischen Verfassungsrahmens sind.

Bei vertrauensvoller Zusammenarbeit aller Gutwilligen ist mir um eine stabile Entwicklung der Beziehungen zwischen Mehrheit und Minderheit innerhalb der Slowakei und im Verhältnis zu Ungarn nicht bang. Ich bin zuversichtlich: Die Bedeutung nationalistisch-populistischer Parteien als Ausdruck von Nachwehen der schwierigen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Umbrüche nach der europäischen Zeitenwende wird nicht nur in der Slowakei abnehmen. Nationale Minderheiten können sich weiterhin in ihren angestammten Siedlungsgebieten und anderen Teilen ihrer Länder zu Hause fühlen, weil ihnen das Anderssein nicht mehr streitig gemacht wird und kein Assimilationsdruck herrscht.